



Regierungsrat

Luzern, 21. März 2022

STELLUNGNAHME ZU POSTULAT

P 820

Nummer: P 820
Eröffnet: 21.03.2022 / Finanzdepartement
Antrag Regierungsrat: 21.03.2022 / Ablehnung
Protokoll-Nr.: 362

Postulat Meier Anja und Mit. über einen angemessenen Solidaritätsbeitrag des Kantons Luzern zur Bewältigung der humanitären Krise in der Ukraine

Es steht ausser Frage, dass der Krieg in der Ukraine eine grosse humanitäre Krise verursacht und unsägliches Leid über die ukrainische Bevölkerung bringt. Hilfe für die notleidenden Menschen ist in unzähligen Bereichen sofort notwendig. Gefragt sind Hilfsangebote für die Verbesserung der Situation jener Menschen, die ihr Land und somit ihr Zuhause nicht verlassen wollen oder können. Nachbarländer der Ukraine benötigen Support, um die grosse Anzahl von geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer bestmöglich zu versorgen. Solidarität ist genauso gefragt, um jene Personen zu empfangen, welche Schutz in der Schweiz und im Kanton Luzern suchen. Diese geforderte Solidarität ist unabdingbar, in dieser wie auch in anderen Krisenlagen. Sie bildet einen Grundpfeiler unserer gesellschaftlichen Werte.

Die ausgelöste Solidaritätswelle gegenüber der Ukraine und deren Bevölkerung ist in diesen Tagen riesig, nicht nur im Kanton Luzern. Kurzfristige Solidaritätszeichen wurden an verschiedenen Stellen gesetzt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Hilfsbereitschaft und Solidarität weder im Kanton Luzern noch in unserer Bevölkerung abflacht. Aus diesem Grund haben wir als Sofortmassnahme einen Betrag von 120'000 Franken gesprochen. Wir werden die Situation weiter beobachten.

In diesem Zusammenhang weisen wir aber auch darauf hin, dass unsere wesentliche Unterstützung der kriegsbetroffenen Bevölkerung nicht in Form von Beiträgen an karitative Organisationen erfolgt, sondern durch die Planung und Organisation der Aufnahme von schutzsuchenden Kriegsflüchtlingen im Kanton Luzern. Je nach Szenario geht es um die Aufnahme, Unterbringung, gesundheitliche Versorgung, Beschulung und den Unterhalt von hunderten oder gar tausenden von Personen. Die entsprechenden Arbeiten laufen derzeit, hier werden erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen investiert.

Zusammenfassend halten wir fest, dass wir einerseits bereits einen Betrag für Sofortmassnahmen gesprochen und mit der Aufnahme von Flüchtlingen im Kanton Luzern ein Solidaritätszeichen setzen. Diesen Weg werden wir weiterverfolgen und die aktuelle Situation laufend beobachten. Eine Aufstockung der finanziellen Hilfe erscheint uns im Moment aber nicht der richtige Weg zu sein.

Wir beantragen Ihnen daher, das Postulat abzulehnen.